

Das Kreuz mit der Provision

Laut Koalitionsvertrag sollen die Maklergebühren neu geregelt werden. Das könnte den Regensburger Wohnungsmarkt verändern.

Von Stina Walterbach

Regensburg. Eine Wohnung in Regensburg zu finden, ist ein nervenaufreibendes Unterfangen. Denn selten kommt man dabei an der Maklerprovision vorbei. Singles und Familien haben es da besonders schwer, denn Ein- bis Zweizimmerwohnungen oder familientaugliche Domizile sind in Regensburg rar gesät und meist nur über einen Makler zu bekommen. Dennoch nehmen viele Mieter lange Suchphasen und Massenbesichtigungen in Kauf, weil sie die hohen Provisionen scheuen.

Besteller soll zahlen

Das will die große Koalition mit einem neuen Gesetz, das Mieter entlasten soll, ändern. Den dazu notwendigen Gesetzesentwurf zur Mietpreisbremse, der auch die Maklerprovision neu regeln soll, hat Justizminister Heiko Maas Ende März in die Ressortabstimmung geschickt. Danach gelte künftig für alle Vermietungen das Prinzip: „Wer bestellt, der zahlt“. So käme ein Makler-



Teure Provisionen sind für Wohnungssuchende in Regensburg vielleicht bald Geschichte.

Foto: Thinkstock/Wavebreakmedia Ltd

vertrag laut Maas nur zustande, wenn ein Wohnungssuchender sich direkt an einen Makler wendet und dieser gezielt für diesen Kunden eine Wohnung findet. Verstößt ein Makler gegen diese Regel, droht ein Bußgeld. Mieterverbände begrüßen diese Neuregelung. Auch der Mieterbund Regensburg sieht diese Entwicklung positiv. „Wir haben uns schon lange dafür eingesetzt und halten die neue Richtlinie für eine Selbstverständlichkeit, denn nur so wird auch in der Maklerbranche die Spreu vom Weizen getrennt“,

erklärt Kurt Schindler, Vorsitzender des Mieterbundes. Dieser Meinung ist auch Thomas Neuhoff, Geschäftsführer von Engel und Völkers. „Dank der kommenden Neuregelung wird endlich die Dienstleistung bezahlt“, erklärt Neuhoff.

Kosten umlegen

Aber auch das beste Prinzip hat seine Nachteile. Denn bisher ist noch unklar, wie das Bestellerprinzip in der Realität funktionieren soll. Daniel Wiener, Ge-

schäftsführer von Schönberger und Wiener Immobilien Service, ist skeptisch. Er geht davon aus, dass am Ende die Vermieter die Kosten auf die Miete umlegen werden und auch die Qualität der Vermietung unter der Neureglung leiden könnte. Laut Gesetzesentwurf ist zumindest eine Vereinbarung, mit der Vermieter die Kosten auf ihre Mieter abwälzen, unzulässig.

Für alle Wohnungssuchenden bedeutet das zwar, dass die Wohnungssuche auch in Zukunft nicht leichter wird – aber vielleicht günstiger.